

Dringliche Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Nachbessern des Leistungsvertrages mit der Reitschule

Als Folge der schwerwiegenden Ausschreitungen in der Nacht vom 5./6. März 2016 mit elf verletzten Polizisten hat der Gemeinderat den bereits ausgehandelten Leistungsvertrag zwischen der Stadt Bern und dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) sistiert. Der Gemeinderat verfolgt mit der Sistierung das Ziel, diesen Leistungsvertrag nachzubessern, um künftige Gewaltexzesse in, vor oder im Umfeld der Reitschule zu vermeiden.

Die FDP.Die Liberalen begrüssen diese Nachbesserung, wollen aber sicherstellen, dass den Worten auch Taten folgen, d.h. dauerhaft eine massgebliche Verbesserung der Sicherheit in, vor und im Umfeld der Reitschule für Besucherinnen und Besucher der Reitschule, Passantinnen und Passanten sowie Angestellte von Stadt und Kanton erreicht wird.

Die FDP-Fraktion fordert den Gemeinderat deshalb auf, den Leistungsvertrag bzw. die in Art. 5 des Leistungsvertrages rubrizierte „separate Vereinbarung“ mit folgenden Inhalten zu ergänzen:

1. Perimeter Zuordnung:
Es braucht klare Verantwortlichkeiten. Der Raum ausserhalb des Reitschul-Gebäudes ist in der alleinigen Zuständigkeit der Polizei. Das Gebäudeinnere und der Innenhof sind in der Zuständigkeit des internen Sicherheitsdienstes in Absprache mit der Polizei.
2. Aufgabenzuweisung:
Die Bekämpfung des Drogenhandels und die Anzeige von Drogenhändlern muss Bestandteil des Auftrags an den internen Sicherheitsdienst sein.
3. Zutritt in das Gebäude:
Der interne Sicherheitsdienst stellt sicher, dass der Zugang zum Dach effektiv verhindert wird und der Zugang bzw. der Aufenthalt auf dem Dach verboten ist und sanktioniert wird.
Der interne Sicherheitsdienst verhindert, dass das Tojo Theater als Umkleideraum für Krawallmacher und Delinquenten dient.
4. Neue Kommunikationswege: Die IKuR verpflichtet sich, regelmässig direkte Gespräche mit der Polizei zu führen.

Begründung der Dringlichkeit

Der neue Leistungsvertrag ist ausgehandelt und steht vorbehältlich der Aufhebung der Sistierung vor der Beratung durch den Stadtrat. Die geforderten Ergänzungen des Leistungsvertrages erfordern Nachverhandlungen zwischen den Vertragsparteien. Diese Nach- bzw. Neuverhandlungen haben zu erfolgen, bevor das Geschäft in den Stadtrat kommt. Das Geschäft ist also von grosser zeitlicher Dringlichkeit.

Bern, 31. März 2016

Erstunterzeichnende: Christoph Zimmerli

Mitunterzeichnende: Bernhard Eicher, Mario Imhof, Dannie Jost, Barbara Freiburghaus, Jacqueline Gafner Wasem, Alexandra Thalhammer